Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung · Aplerbecker Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 274 — Donnerstag, den 22. November 1923 — 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Reichsbankpräsident Havenstein †.

bb Berlin, 20. Nov. Reichsbankpräsident Havenstein ist heute früh am Herzschlage gestorben. Der Verstorbene, der 1857 in dem kleinen märkischen Städtchen Meseritsch geboren war, schlug die juristische Laufbahn ein. Er wurde 1900 Präsident der Preußischen Seehandlung. Nach dem Rücktritt des Präsidenten Koch im Dezember 1907 übernahm Havenstein die Leitung der Reichsbank, die er bis zu seinem Tode innehatte. Die Politik des Reichsbankpräsidenten, der man einen großen Teil der Schuld an dem Inflationselend und dem Währungsverfall zuschrieb, hatte scharfe Angriffe gegen Havenstein verschuldet, dessen Rücktritt gefordert wurde.

Als Nachfolger wird der neue Währungskommissar Bankdirektor Dr. Schacht genannt.

Dr. Zeigner verhaftet.

wtb Leipzig, 22. Nov. (Tel.) Nach den Leipziger Neuesten Nachr. ist der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner verhaftet worden.

Der Lebenshaltungsindex.

wtb. Berlin, 21. Nov. (Tel.) Die Reichsernährungsziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 19. November, auf das 831milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 v. H.

Deutscher Protest.

wtb Berlin, 21. Nov. (Tel.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris v. Hoesch hat dieser Tage der französischen Regierung eine weitere Protestnote gegen die Unterstützung der Separatisten in der Pfalz durch die Franzosen übergeben.

Von einem Abgeordneten erschossen.

wtb. München, 22. Nov. (Tel.) Der Landtagsabg. Eisner wollte in seiner Heimatgemeinde Jasberg bei dem Bauern Burgmaier in einer Uebergabeangelegenheit vermitteln. Im Verlauf des Gesprächs zog Burgmaier einen Revolver und richtete ihn auf Eichner, der sich bedroht fühlte und seinerseits zweite Schüsse auf Burgmaier abgab, die dessen Tod herbeiführten. Abgeordneter Eichner stellte sich den Behörden zur Verfügung.

Nationalistenführer verhaftet.

wtb. München, 21. Nov. (Tel.) Wie der Miesbacher Anzeiger erfährt, ist Dietrich Eckhardt, einer der einflußreichsten Führer der Nationalisten, in München verhaftet worden. Die Verhaftung scheint mit den Vorgängen in München zusammenzuhängen.

Die Rentenmark im besetzten Gebiet zugelassen.

* Koblenz, 20. Nov. Die Rheinlandkommission hat die Rentenmark für das besetzte Gebiet zugelassen, die Goldanleihe dagegen nicht.

20 000 Billionen „beschlagnahmt".

wtb. Essen, 20. Nov. Am 14. d. M. sind die Franzosen wiederum in die Druckerei W. Girardet in Essen eingedrungen und haben dort 20 000 Billionen Mark weggenommen.

Schillingwährung in Oesterreich.

* Wien, 20. Nov. Durch die Ausgabe von neuem Hartgeld aus Nickel und Silber anstelle des einzuziehenden Papierkleingeldes soll der Uebergang zur neuen Währung im Verhältnis von 10000 Papierkronen zu 1 Goldkrone vorbereitet werden. Die neuen Münzen werden Schilling heißen. Die Regierung legt dem morgen zusammentretenden Nationalrat eine diesbezügliche Vorlage vor.

Goldmiete in Hamburg.

* Hamburg, 20. Nov. Hamburg führt vom kommenden Monat an Goldmiete ein, und zwar hat die Kommission für die Festsetzung der Mietszuschläge die Miete für Dezember auf 20 Prozent in Gold der Friedensmonatsmiete festgesetzt und für November die Nacherhebung der Hälfte dieses Betrages gestattet. Da die Neuregelung den Mietern eine schwere Mehrbelastung bringt, ist, um den Uebergang zu erleichtern, für den Dezember die Zahlung in zwei Raten zugelassen worden.

Wahlen in Bulgarien.

wtb. Sofia, 20. Nov. Gestern haben die Parlamentswahlen stattgefunden, die in vollkommener Ruhe und Ordnung verlaufen sind.

Nach den ersten bekanntgewordenen Ergebnissen erhielt die Regierungskoalition ungefähr 185 Sitze von einer Gesamtzahl von 247 Sitzen. Die übrigen Mandate teilen sich die Nationalliberalen einerseits und die Agrarier und Kommunisten anderseits. Die Kommunisten und die Agrarier hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Wiederaufnahme der Düsseldorfer Verhandlungen.

* Düsseldorf, 20. Nov. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Ruhrbergbaues und der französischen Kontrollkommission sollen am Donnerstag in Düsseldorf wieder aufgenommen werden.

Neuer Ueberfall auf eine italienische Mission.

* Paris, 20. Nov. Nach Meldungen aus Fiume ist dort eine italienische Militärkommission von Räubern überfallen und ausgeplündert worden. Zwei der Kommission angehörende italienische Offiziere wurden verwundet.

Ein neuer Fall Kaehne.

bb. Berlin, 20. Nov. Die „B. Z." meldet: Im Petzower Forst kam es nachts zu einer Schießerei zwischen dem Sohn des durch den Potsdamer Prozeß bekannten v. Kaehne und zwei Arbeitern (Körner und Kießler) aus Glindow, die Holz sammelten. Bei dem Kampf wurde zuerst Kießler und dann der junge Kaehne durch Schüsse schwer verletzt. Heute vormittag begab sich die Staatsanwaltschaft zu einem Lokaltermin nach dem Petzower Forst

Neue Vertagung des Botschafterrats.

Die Zukunft der Rheinlande.

* Köln, 21. Nov. (Tel.) Die sozialdemokratische Rheinische Zeitung berichtet aus Berlin über die Beratungen des Fünfzehnerausschusses der besetzten Gebiete mit der Reichsregierung: Die Absichten Frankreichs, soweit sie von dem französischen Vertreter Tirard (bei den Verhandlungen des 15er-Ausschusses in Koblenz) ausgesprochen wurden, gingen anfangs dahin, im Rheinland mehrere Kantone nach dem Muster der Schweiz zu schaffen. Es war u. a. gedacht, Bezirke wie Trier, Köln usw. selbständig zu machen, also die Rheinbundstaaten wieder aufleben zu lassen. Inzwischen soll Herr Tirard seine Auffassung geändert und sich dahin ausgesprochen haben, daß Frankreich sich auch mit einem von Preußen getrennten Rheinland als Staat aus Gründen der politischen Sicherheit zufrieden geben würde.

Die deutsche Regierung bleibt der Auffassung, daß nach dem 25. November die Unterstützung für die Erwerbslosen und für die Sozialrentner in den besetzten Gebieten nicht mehr bezahlt werden kann, und daß deshalb die Bevölkerung aus eigener Kraft die Maßnahmen treffen soll, die zur Erhaltung ihres Lebens notwendig sind. Zu diesem Zwecke ist die Bildung eines kleinen Ausschusses zur Verhandlung über wirtschaftliche und soziale Fragen geplant.

Die Einigung im Botschafterrat.

wtb Paris, 21. Nov. (Tel.) Die Botschafterkonferenz, die heute nachmittag 5,30 Uhr franz. Zeit begonnen hatte, war um 6,30 Uhr beendet. Es ist ein Einverständnis erzielt worden. Die für Deutschland bestimmten Noten werden heute abend veröffentlicht werden.

Die Havasagentur glaubt mitteilen zu können, daß ein Kompromiß auf der Grundlage erzielt worden sei, die Montagnacht veröffentlicht worden ist. Die Militärkontrolle soll unverzüglich in Deutschland wieder aufgenommen werden. Die angeführte Havasnote von Montag besagt, die Konferenz werde sich nicht darauf beschränken, von Deutschland wie in früheren Noten, Erleichterungen für die militärische Kontrolle zu verlangen. Man würde ihm diesmal notifizieren, daß die Ausübung des Kontrollrechtes einfach an einem baldigen Zeitpunkt wieder aufgenommen werden würde, gleichviel welcher Ansicht die deutschen Behörden seien. Die Kontrollkommission würde unter eigener Verantwortung selbst bestimmen, unter welchen Bedingungen und in welchen Landesteilen sie ihre Mission ausüben werde. Wenn ihr Hindernisse in den Weg gelegt werden würden, hätte logischerweise die Kommission zunächst die Frage zu prüfen, ob und in welchem Umfange die deutsche Regierung dafür verantwortlich sei und dann hätten sich die Alliierten, wenn Anlaß dazu gegeben sei, über die notwendigen Maßnahmen für den Fall systematischer Obstruktion von seiten Deutschlands zu verständigen.

Was den deutschen Kronprinzen anbetreffe, ist Bezug genommen auf den Thronverzicht, den er am 1. Dezember 1918 ausgesprochen hat, und auf die Erklärung, daß er als gewöhnlicher Bürger nach Deutschland zurückgekehrt sei. Die deutsche Regierung müßte also darüber wachen, daß er sein Versprechen halte und an keinerlei monarchistischer Agitation sich beteilige.

Der Reichstagspräsident über die Lage.

bb Berlin, 21. Nov. (Privattel.) In einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des Berliner Tageblatts erklärte der Reichstagspräsident Loebe über seine Haltung gegenüber dem renitenten kommunistischen Abg. Remmele, er habe von dem ihm wohl zustehenden Recht, die gewaltsame Entfernung des Abgeordneten durchzuführen, keinen Gebrauch gemacht, weil er damit gerechnet habe, daß nach der Entfernung des Abg. Remmele die übrigen Kommunisten ähnliche Skandalszenen hervorrufen würden, was weitere gewaltsame Entfernungen von Abgeordneten und eine Verzögerung der Sitzung auf einige Stunden zur Folge gehabt hätte. Es scheine ihm unzweckmäßig, der Rede des Kanzlers im gegenwärtigen Augenblick einen derartigen Hintergrund zu geben. Vor der Vertagung des Reichstages auf Donnerstag habe er sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt, der gegen eine solche Vertagung keinen Widerspruch geltend gemacht habe. — Wie die Voss. Ztg. mitteilt, wurde in einer Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten und den Führern der Parteien nach der Vertagung des Reichstages erklärt, daß das Verhalten des Präsidenten durchaus der Geschäftsordnung entsprochen habe. — Gegen 7 Uhr wurde, dem Vorwärts zufolge, dem Abg. Remmele eine schriftliche Aufforderung des Reichstagspräsidenten überreicht, das Reichstagsgebäude zu verlassen Er kam der Aufforderung nach, so daß eine Gewaltanwendung nicht zu erfolgen brauchte

Ein Antrag auf Verfassungsänderung.

bb Berlin, 22. Nov. (Privattel.) Die Bayrische Volkspartei brachte im Reichstag einen Antrag ein, der von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Revision der Weimarer Reichsverfassung im föderalistischen Sinne erlangt. Es wird u. a. die Rückübertragung der Finanz- und Verkehrshoheit an die Länder, das Recht der Landesregierungen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit nötigen Maßnahmen selbständig in Geltung zu erhalten und über die im Landesgebiet liegende bewaffnete Macht selbständig zu verfügen, ferner wird das Recht der bayrischen Regierung auf Mitwirkung bei der Ernennung und Abberufung von Offizieren der Reichswehr usw. gefordert.

Kommunist. Hundertschaften überrascht

wtb Berlin, 21. Nov. (Tel.) Heute mittag erfuhr die Wilmersdorfer Polizei, daß in der Nähe von Paulsborn im Grunewald proletarische Hundertschaften Uebungen abhielten. Die sofort entsandten Beamten bemerkten etwa 200 Personen im geschlossenen Zuge. Die Teilnehmer zerstreuten sich. Da sie auf wiederholten Anruf nicht stehen blieben, gab einer der Beamten einen Schuß ab. Acht Personen wurden festgenommen. Es wurden Schlagringe, eine Sammelliste für die kommunistische Kampffront, kommunistische Flugblätter, Beitrittserklärungen, ein Aufruf der Anarchistengruppe und anderes gefunden. Die Festgenommenen wurden dem Polizeipräsidium zugeführt.

Angebl. Rückberufung deutscher Offiziere

wtb Berlin, 21. Nov. (Tel.) Der politische Beobachter des Daily Telegraph behauptet, General von Seeckt habe aus Rußland alle deutschen Offiziere zurückgerufen, die in den Sondermissionen bei der Roten Armee, wie in Munitionsfabriken beschäftigt seien. Die den Sowjets amtlich gegebene Erklärung lautete, daß die Reichswehr alle ihre Offiziere benötige.

Die Meldung ist, wie von amtlicher Seite festgestellt wird, in vollem Umfange frei erfunden. Die Reichswehr konnte Offiziere aus Rußland nicht zurückberufen, weil niemals solche Sondermissionen bei der Roten Armee oder in russischen Munitionsfabriken beschäftigt gewesen seien.

Die Verluste der „Rheintruppen".

* Köln, 22. Nov. (Privattel.) Wie die Köln. Ztg. meldet, werden die Verluste der sogenannten „Rheintruppen" bei dem Gefecht im Honnefer Stadtwalde auf 500—600 Mann, darunter 60 Tote, angenommen. Genau läßt sich die Zahl der Umgekommenen nicht angeben, da zahlreiche Krankenwagen mit Toten und Verwundeten beladen nach anderen Orten gefahren sind. Der Anführer der Honnefer Sonderbündler, Egon Keul, wurde gefesselt weggebracht. Das übriggebliebene Gesindel wurde von farbigen französischen Truppen in Viehwagen verladen.

Eine ungarische Spende.

wtb Berlin, 21. Nov. Die Redaktion des Nemzeti Ujsag (Nationalzeitung) in Budapest übermittelte dem deutschen Gesandten 1 100 000 ungarische Kronen zur Verwendung im Sinne des an die Welt gerichteten Appells.

In Argentinien werden Tausende von Rindern verscharrt!

* London, 20. Nov. Argentinien befindet sich augenblicklich in einer wirtschaftlichen Krisis, die durch die geringe Aufnahmefähigkeit Mitteleuropas hervorgerufen wurde. Statt eine Vergrößerung einzelner Betriebe vorzunehmen, schränkt man sie ein. Nicht unbedingt nötige Arbeitskräfte werden entlassen. Kürzlich erst noch wurden auf den Estanzien Tausende von zweijährigen Rindern abgestochen. Man warf den Kadaver fort, da der zu erwartende Erlös die Transportkosten nicht aufwog, nur das Fell wurde verkauft. Nach dem jetzigen Marktpreis ist ein Rind von 180 bis 200 Kilo schon für 10 Peso zu haben, nach der neuesten deutschen Goldwährung wären das 17—18 Mark. (Hier wirft man das Fleisch fort und in Deutschland hungern Zehntausende von Menschen — die Welt ist eben nicht mehr normal!)

Todesurteil.

* Dessau, 19. Nov. Das Schwurgericht in Dessau verurteilte den 23jährigen Maurer Friedrich Bropp aus Zebigk zum Tode; er hatte am dritten Pfingstfeiertag in der Nähe von Dessau den Chemiker Manhardt und dessen Braut Ida Behrendt aus Dessau auf der Landstraße überfallen, erschossen und ausgeplündert.

Deutscher Reichstag.

Die Kanzlerrede durch die Kommunisten verhindert.

bb Berlin, 20. Nov. Wie immer an großen Tagen, war der Reichstag bis auf den letzten Platz gefüllt.

Nach Eröffnung der Sitzung um ½2 Uhr widmete der Präsident Löbe Nachrufe dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein und dem Zentrumsabgeordneten Höner. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen.

Mit Pfuirufen wird die Mitteilung aufgenommen, daß der Zentrumsabgeordnete Koas wiederholt von den rhein. Separatisten verhaftet und verschleppt und daß der Protest des Auswärtigen Amtes von der französischen Besetzungsbehörde bisher nicht beantwortet worden sei. Vor Eintritt in die politische Aussprache, die als vierter Punkt auf der Tagesordnung steht, beantragt Abg. Könen (Komm.), daß der Reichskanzler Stresemann als erster Redner Rechenschaft ablege über die Politik, mit der er gemeinsam mit der Militärdiktatur das Volk in Jammer und Not gebracht habe. Präsident Löbe stellt fest, daß nach der Geschäftsordnung der Reichstag nicht den Zeitpunkt der Regierungserklärung bestimmen könne. Ein darauf von den Kommunisten gestellter Vertagungsantrag wird darauf unter dem Gelächter der Rechten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Redner.

Erster Redner in der politischen Aussprache war Abg. Wels (Soz.) Er bedauerte, daß die Regierung die Debatte nicht mit einer Erklärung eingeleitet habe. Es handle sich hier um eine neue, nach dem Austritt der Sozialdemokraten anders gerichtete Regierung, die dem Reichstag ihr Programm vorlegen müsse. Der Redner gedachte weiterhin der physischen Leiden des deutschen Volkes, namentlich der deutschen Kinder und richtete scharfe Anklagen gegen Frankreich und insbesondere gegen Poincare, der der Schutzengel der Feinde der Deutschen Republik sei. Im Namen seiner Partei sprach er gegen eine von bürgerlichen Sonderinteressen diktierte Politik, die mit dem Gedanken spiele, das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet von Deutschland loszulösen. Gegenüber der Verschwörung des Herrn von Kahr und seiner Spießgesellen in Bayern spiele der Reichskanzler Dr. Stresemann die Rolle des hilflosen Zuschauers. (Hört, hört! links.) Niemals sei die Schwäche der Reichsregierung und der — das behaupten wir — mangelhafte gute Wille, dem Reiche zu wahren, was des Reiches ist, so klar hervorgetreten, wie in der kläglichen Politik, die der sonst so redefreudige Reichskanzler gegenüber den täglichen und stündlichen Verfassungsbrüchen des Herrn von Kahr an den Tag gelegt habe. Der jetzige Belagerungszustand sei eine Schande für Deutschland. Wir können nicht einer Regierung das Vertrauen geben, die jene Entwicklung der Dinge zu verantworten hat. Die Sozialdemokratie lehne die Verantwortung für jene Politik ab, die durch den Frontwechsel Dr. Stresemanns entstanden ist. Sie wird den deutschen Brüdern an Rhein und Ruhr die Treue halten.

Der deutschnationale Redner

Abg. Dr. Hergt (Dn. Vp.): Das Kartenhaus der großen Koalition ist gefallen, nun muß der Reichskanzler nach. Das Kabinett hat nur Mißerfolge gehabt. Man kann zu diesem Kabinett kein Vertrauen haben. Ein völliger Kurswechsel ist erforderlich. In der Achtstundentagfrage hat die Regierung zwar Ansätze zur Tat gemacht, aber sie hat sie nicht ausreifen lassen. In der Währungsfrage vermissen wir die einheitliche Linie. Die Behandlung der Fragen des besetzten Gebietes hat die Regierung von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt. Dieselben Parteien, die beim Abbruch des passiven Widerstandes die Zahlungseinstellung für das besetzte Gebiet verlangten, nahmen jetzt den entgegengesetzten Standpunkt ein. Das ist nicht logisch. Wir haben niemals den Abbruch aller Verhandlungen mit Frankreich gefordert. Die Regierung hat anders gehandelt. Wir verlangen vom Reichskanzler eine unzweideutige Erklärung über die geplante Politik im besetzten Gebiete. Wir sind auch für Verhandlungen, aber nicht mit den Franzosen allein, sondern mit allen Alliierten. Frankreichs Politik wird sich ändern, wenn Deutschlands Politik endlich einmal den Charakter der Schwäche verliert. Eine Rechtsregierung, wie wir sie uns denken, würde sich von allen Friedensstörungen fernhalten. (Gelächter links.) Wir denken nicht daran, eine einseitig nationale Regierung zu fordern, sondern eine denkbar weite nationale Einheitsfront. Wir wollen nicht den Feuerbrand in Europa entfachen, aber wir wollen auch einen uns aufgezwungenen Kampf furchtlos bestehen. Wir wollen keine einseitig kapitalistische Vorherrschaft, wir wollen der Arbeiterschaft die gebührende Stellung einräumen, aber die Sozialdemokratie ist nicht die Vertretung der Arbeiterschaft. (Leb-

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 22. November.

(Die Zahlen in Milliarden.)

Großhandel für das Reich am 13. XI.	265,6
„ „ „ „ am 19. XI.	831
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	600
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 21. u. 22. XI.	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Fernbrief ab 12. XI.	10
„ 20. XI.	20
Fernpostkarte ab 12. XI.	5
„ 20. XI.	10
Anzeigenschlüssel vom 21. XI. ab	1400
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 12. XI.	150
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 11. XI.—17. XI.	300000

Der Dollar am 20. XI. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000
Brief: 4 210 500 000 000

warte Zustimmung rechts.) Das sächsische parlamentarische System ist dem deutschen Volk nicht angemessen, die von uns verlangte nationale Regierung will aber auch nicht ganz ohne Parlament und Parteien regieren. Wir wollen eine Regierung, die das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend hat, auf der Deutschlands Zukunft beruht. (Beifall rechts.) Die bayrische Frage ist eine deutsche Frage. Kahr hat wie Bismarck die Reichstreue über alles gestellt. (Gelächter links.) Wir müssen durch einen Regierungswechsel dafür sorgen, daß Männer dieser Art uns das neue Deutschland, das Deutschland von morgen, bringen. (Beifall rechts.)

Ein Zwischenfall.

Als Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten soll, verlangt **Abg. Koenen** (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Löbe verweigert das und Abg. Koenen ruft: Wir wollen dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist. (Erregung bei den Kommunisten.) Als der Präsident dem Kanzler das Wort erteilt, schlägt Abg. Remmele (Komm.) erregt mit der Faust auf das Geländer der Treppe der Rednertribüne und ruft dabei wiederholt laut: Sind wir hier im Parlament oder im Zuchthaus?!

Dem Präsidenten Loebe gelingt es erst nach Minuten, den Zwischenrufer zum Schweigen zu veranlassen. Er erklärte unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit: Auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung fordere ich den Abg. Remmele wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses auf, den Sitzungssaal zu verlassen (Unruhe. Abg. Remmele bleibt auf seinem Platze.)

Da der Abg. Remmele meiner Aufforderung nicht folgt, werde ich zunächst die **Sitzung um eine halbe Stunde vertagen.** (Zurufe des Abg. Koenen.) Ich habe bisher von dieser äußersten Bestimmung der Geschäftsordnung nicht Gebrauch gemacht, obwohl man mir innerhalb und außerhalb des Hauses zuweilenden Toleranz vorgeworfen hat. Alles aber hat schließlich eine Grenze. (Beifall bei der Mehrheit.) Die meisten Abgeordneten verlassen während der Pause den Saal. Abg. Remmele bleibt auf seinem Platz.

Die neue Sitzung.

Präsident Loebe eröffnet nach einer Stunde die Sitzung wieder und erklärt zu dem letzten Zwischenfall, er habe selbst schon seit langer Zeit Kriminalbeamte in den Reichstag gerufen zum Schutze der Regierungs- und Reichstagsmitglieder, die durch zahlreiche Schreiben und Kundgebungen in ihrem Leben bedroht würden. Da leider die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt hätten, daß solche Drohungen oft ernst zu nehmen sind, sei diese Schutzmaßnahme notwendig. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Remmele ist im Saale anwesend.

Abg. Koenen (Komm.) verurteilt die Heranziehung der Polizei. Erfahrungsgemäß würden solche Maßregeln nur gegen links angewandt.

Abg. Dittmann (Soz.) billigt im Namen der gesamten sozialdemokratischen Fraktion das Verhalten des Präsidenten als durchaus korrekt. Auch August Bebel habe immer verlangt, daß die Proletarier sich als anständige Menschen benähmen. Von den Kommunisten sei diese Regel häufig mißachtet worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Loebe fragt den Abg. Remmele, ob er jetzt den Saal verlassen wolle. Da Abg. Remmele dies verneint, **vertagt** der Präsident unter Entrüstungskundgebungen der Rechten gegen 6 Uhr die **Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr.**

Da die Geschäftsordnung keine andere Möglichkeit zuläßt, blieb nur die Aufhebung der Sitzung übrig. Der Abg. Remmele wird nun am Betreten des Sitzungssaales verhindert werden. Er ist durch seine Weigerung, in der neuen Sitzung den Saal zu verlassen, ohne weiteres nach der Geschäftsordnung auf weitere acht Sitzungstage von den Verhandlungen ausgeschlossen.

wtb. **Berlin**, 20. Nov. In der heutigen Reichstagssitzung teilte Reichstagspräsident Löbe mit, daß wegen der Verletzung der Immunität der Abgeordneten Dr Kaas und Most im besetzten Gebiet Protest bei den französischen und belgischen Behörden eingelegt worden sei. Der Minister des Innern suchte die Erlaubnis nach zur Strafverfolgung des Abgeordneten Hoffmann, Kaiserslautern (Soz.) wegen Hochverrat. Die Angelegenheit wurde, wie üblich, dem Ausschuß überwiesen. Die politische Aussprache eröffnete der Sozialdemokrat Wels.

Die Rentenbank.

hb **Berlin**, 19. Nov. Unter dem 14. November sind nunmehr die Durchführungsbestimmungen zur Rentenbankverordnung bekanntgegeben worden. Hiernach ist die Rentenbank juristische Person im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Entscheidung über die Entziehung der Rechtsfähigkeit steht indessen der Reichsregierung zu. Zum Zweck der gegenseitigen Fühlungnahme wird ein Kommissar der Reichsregierung bei der Deutschen Rentenbank bestellt.

Hinsichtlich der Belastung der land- und forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundstücke ist bestimmt, daß Grundstücke von der Grundschuld befreit sind, wenn im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Rentenbankverordnung die Voraussetzungen des Artikels 2 § 2 des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 für den Eigentümer vorgelegen haben. Freigestellt sind ferner Eigentümer von Grundstücken, sofern die Wehrbeitragswerte der Grundstücke insgesamt 4000 Mark nicht übersteigen. Grundstücke, welche Ehegatten gehören, gelten im Sinne dieser Bestimmung als Grundstücke eines Eigentümers, sofern die Ehegatten zurzeit des Inkrafttretens der Rentenbankverordnung nicht dauernd voneinander getrennt gelebt haben. Für die während der Dauer seines Eigentums fällig werdenden Zinsen der Grundschuld haftet der Eigentümer des belasteten Grundstücks auch persönlich. Wird das Grundstück geteilt, so haften die Eigentümer der einzelnen Teile als Gesamtschuldner. Die Grundschulden, sowie die Freiheit von solchen Grundschulden werden in das Grundbuch vorläufig nicht eingetragen. Die Erteilung eines Grundschuldbriefs ist ausgeschlossen. Der Reichsminister der Finanzen bestimmt den Zeitpunkt, von dem an die Eintragung zulässig ist. Von den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben einschließlich der Banken gelten diejenigen als belastet, in denen im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Rentenbankverordnung Arbeitnehmer beschäftigt worden sind. Die Belastung wird auf die einzelnen Unternehmer vorläufig nach der Höhe ihrer Betriebsvermögen, die für den ersten Teilbetrag der Brotversorgungsabgabe maßgebend sind, umgelegt. Nach dem 31. Dezember 1922 entstandene oder nach dem Inkrafttreten der Rentenbankverordnung neu entstehende Betriebe sind nach Maßgabe ihrer Veranlagung zur Vermögenssteuer 1924 heranzuziehen. Von der Belastung sind Betriebe befreit, wenn beim Inkrafttreten der Rentenbankverordnung die Voraussetzungen des Artikels 2 § 2 des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 für den Unternehmer vorgelegen haben. Befreit sind weiter alle Betriebe, sofern das gesamte für den ersten Teilbetrag der Brotversorgungsabgabe maßgebende Vermögen mit Einrechnung des Betriebsvermögens bei dem einzelnen Unternehmer 400 000 Mark nicht übersteigt, oder sofern bei einem 400 000 Mark übersteigenden Gesamtvermögen das darin enthaltene Betriebsvermögen bei dem einzelnen Unternehmen 200 000 Mark nicht übersteigt. Wenn zu einem Betriebsvermögen Grundstücke gehören, so unterbleibt vorläufig die Feststellung, in welcher Höhe diese Grundstücke mit einer Grundschuld belastet sind.

Die auf Grund der Rentenbankverordnung auszustellende Schuldverschreibung ist vorläufig unter Einbeziehung des auf Betriebsgrundstücke etwa entfallenden Teils der Umlage auszustellen. Der Reichsminister der Finanzen bestimmt im Einvernehmen mit der deutschen Rentenbank Form und Inhalt der Schuldverschreibung. Im Falle der Veräußerung des Unternehmens hat der Erwerber auf Verlangen der Deutschen Rentenbank seine gesamtschuldnerische Haftung aus der Schuldverschreibung durch seine Unterschrift anzuerkennen. Entläßt die Deutsche Rentenbank den Erwerber oder Veräußerer aus der Verpflichtung, so hat sie die Entlassung auf der Schuldverschreibung zu vermerken.

Ueber die Zinszahlung ist folgendes bestimmt: Werden die Zinsen nicht innerhalb einer Woche nach Fälligkeit bezahlt, so können ohne weitere Mahnung von dem fälligen Goldmarkbetrag der Zinsen Zinsen in gleicher Weise wie von den Reichssteuern erhoben werden. Welcher Tag als Tag der Zahlung im bargeldlosen Zahlungsverkehr gilt, bestimmt der Reichsminister der Finanzen nach Anhörung der Deutschen Rentenbank. Ist der Zinspflichtige infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle außerstande, die Zinsen pünktlich zu entrichten, so kann ihm die Zinszahlung ganz oder teilweise gestundet werden. Wenn der Zinspflichtige den Unglücksfall nicht selbst verschuldet hat, und wenn der Unglücksfall so groß ist, daß der Ertrag des belasteten Grundstücks oder Betriebs für die Zinszahlung und die Fortführung der Wirtschaft nicht ausreicht.

Ueber Rentenmarkschulden, Rentenmarkwechsel und Schecks bestimmt die Bekanntmachung folgendes: Lautet eine Schuld auf Rentenmark, so kann die Zahlung in Reichswährung erfolgen, es sei denn, daß Zahlung in Rentenmark ausdrücklich bedungen ist. Die Umrechnung erfolgt nach dem letzten vor dem Tage der Zahlung für den Zahlungsort maßgebenden Wertverhältnisse. Im übrigen finden auf Schulden, die auf Rentenmark lauten, die Vorschriften über Geldschulden entsprechende Anwendung. Dies gilt insbesondere von den Vorschriften über Verzugszinsen und die Uebermittlungspflicht des Schuldners. Wechsel und Schecke können auch in der Weise ausgestellt werden, daß die zu zahlende Geldsumme in Rentenmark ausgedrückt wird. Auf Wechsel, die auf Rentenmark lauten, findet die Vorschrift des Artikels 37 der Wechselordnung entsprechende Anwendung.

Kartellverordnung und Goldrechnung.

Der Große Ausschuß der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt am 16. November in Berlin eine Tagung ab. Die Stellungnahme zur Kartellverordnung nahm den größten Teil der Erörterungen ein. Der stellvertretende Vorsitzende der Kartellstelle Rechtsanwalt Lammers betonte, daß es die vornehmste Aufgabe der industriellen Kartelle und ihrer Zentralorganisation, der Kartellstelle sei, für die Erhaltung und Förderung eines gesunden industriellen Mittelstandes zu sorgen. Rechtsanwalt Isay berichtete über die Rechtsgrundsätze der Verordnung. Der Geschäftsführer der Kartellstelle Dr. Herle äußerte sich über die künftige Tätigkeit der Kartellstelle und bemerkte, daß sich die Kartellstelle unter Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Kartellverordnung im Interesse der Sache gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium bereit erklärt habe, mit den übrigen Spitzenorganisationen die Erledigung derjenigen Kartellbeschwerden, die vom Reichswirtschaftsminister überwiesen werden, in dem auf dem Selbstverwaltungswege errichteten Einigungs- und Schiedsverfahren vorzunehmen. Die Versammlung stimmte dieser Stellungnahme zu und hieß die von Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes in den Sitzungen vom 6. und 7. November gefaßte Entschließung, die durch die Presse bekanntgegeben wurde, gut.

Nachdem Geheimrat Dr. Bücher einen Bericht über Währungsfragen, insbesondere über die Rentenbank erstattet hatte, wurden die Richtlinien des Reichsverbandes der deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung erörtert. Im Anschluß an das hierzu erstattete Referat von Dr. Hans Heiman wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Der große Ausschuß der Kartellstelle billigt grundsätzlich die vom geschäftsführenden Ausschuß aufgestellten und im Präsidium und Vorstand gutgeheißenen Richtlinien für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung in der abgeänderten Fassung vom 23. Oktober 1923, sowie den am gleichen Tage hierzu gefaßten Durchführungsbeschluß. Richtlinien und Durchführungsbeschluß können jedoch insoweit keine Anwendung finden, als entgegen den warnenden Vorstellungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie der amtliche Devisenkurs der Berliner Börse in offenbarem Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen festgesetzt und die Wirtschaft durch überstürzte und widerspruchsvolle Verordnungen und Maßnahmen auf dem Währungsgebiete auch weiter heimgesucht wird, deren Auswirkung Vorbedingungen und Ausführbarkeit der Richtlinien sowie des Durchführungsbeschlusses in Frage stellt."

Ein bischöflicher Hilferuf.

* **Köln**, 20. Nov. Kardinal Erzbischof Schulte veröffentlicht folgenden ergreifenden Hilferuf, dem sich die Bischöfe von Limburg, Mainz, Münster, Paderborn, Speyer und Trier angeschlossen haben:

An die Katholiken des Auslandes öffentlich diesen flehentlichen Hilferuf zu richten, zwingt mich die grauenvolle Hungersnot, in die die nach Millionen zählende Bevölkerung meiner Erzdiözese an Rhein und Ruhr durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und Unordnung von Tag zu Tag grauenvoller hineingestoßen wird. Mir blutet und bricht das Herz bei dem Jammer des Volkes, den täglich hundertfach mein Ohr hören und mein Auge sehen muß. Auf meinen oberhirtlichen Reisen bitten mich Geistliche und Bürgermeister händeringend, alle erdenklichen Wege zu versuchen, um die unabwendbar erscheinende Katastrophe einer blutigen Schreckenszeit, eines großen Sterbens von der hungernden, frierenden, verbitterten und verzweifelten Bevölkerung, namentlich von den Schwachen und Kranken, von den Müttern und Kindern doch noch womöglich in letzter Stunde aufzuhalten.

Mein Rettungsruf hat mit innerer und äußerer Politik nichts zu tun, er soll auch niemand anklagen. Er wird mir aber eingegeben von der heiligen Ueberzeugung, daß es meine Hirtenpflicht ist, wie ein Vater für die Meinigen in dieser Zeit grauenhaftester Lebensnot das Aeußerste zu wagen. Es geht, ohne Uebertreibung, um Millionen von Menschenleben im Mittelpunkte europäischer Kultur! Um der Liebe des gekreuzigten Heilands willen wende ich mich daher an euch Katholiken des Auslandes, auf daß eure christliche Nächstenliebe dem Beispiele der Mildtätigkeit des Heiligen Vaters folge. Bringt dem katholischen Rheinland und der gesamten hier leidenden Bevölkerung mit euren Liebesgaben schnelle Hilfe, ehe es zu spät ist! Sendet uns vor allem Lebensmittel für unsere vielen Großstädte und Industriezentren und helft auch, je kälter es in den nächsten Wochen wird, mit Kleidung und mit Kohlen.

Großes hat eure katholische Liebe bereits in den vergangenen Jahren an uns getan. Wir sind euch tief in Dankbarkeit verschuldet. Aber um Christi willen verlaßt uns nicht in dieser Stunde, wo die Not aufs höchste gestiegen und der Untergang sonst unvermeidlich ist. „Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist." (Luc. 6, 36.)

*

Alle die Angelegenheiten betreffenden Anschreiben sind zu richten an die Adresse: Verwaltungsausschuß der Katholikenspende für Rhein-Ruhr, Düsseldorf, Landeshaus. — Geldspenden sind unter der Bezeichnung: Katholikenspende für Rhein-Ruhr zu überweisen an die Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf bezw. an die Auslandsbanken, die für die einzelnen Länder besonders bekanntgegeben werden.

Politische Umschau

Die Vertrauensresolution für Stresemann.

hb **Berlin**, 20. Nov. In den Blättern der Rechten werden heute die Namen derjenigen Mitglieder genannt, die in der Sonntagssitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei gegen die Vertrauensresolution für den Reichskanzler Dr Stresemann gestimmt haben. Unter diesen 11 Mitgliedern des Zentralvorstandes befanden sich acht Mitglieder der volksparteilichen Reichstagsfraktion und zwar die Abgeordneten Becker-Hessen, Heinze, Marezki, Quaatz, Dauch, Piper, Zapf (der zweite Vorsitzende der Fraktion) und Hepp. Von den übrigen Mitgliedern hatten sich die Abg. Dr Hugo, der, wie wir bereits mitteilten, die Opposition entscheidend mitführte, v. Raumer und v. Kardorff im Verlaufe der Debatte entfernt, sodaß sie an der Abstimmung nicht mehr teilnahmen. Unter den fehlenden Mitgliedern der Reichstagsfraktion befand sich u. a. der Abg. Stinnes.

Keine Höherbewertung von Vorkriegsbanknoten.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes über Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehnskassenscheinen vom 1. März 1919 wird verordnet:

Das Gesetz über das Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehnskassenscheinen vom 1. März 1919 tritt außer Kraft.

Dazu ist zu bemerken, daß es sich lediglich um Aufhebung eines praktisch bedeutungslos gewordenen Gesetzes handelt. Die Darlehnskassenscheine z. B. lauteten auf so kleine Beträge, daß ein Agiohandel schon deshalb nicht in Frage kommt. Eine Höherbewertung der vor dem Kriege ausgegebenen Reichsbanknoten kommt ebenfalls nicht mehr in Betracht.

Arbeitsfragen.

Für eine Notregelung der Arbeitszeit.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat folgendes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält es nicht für tragbar, beim Ablauf der Demobilmachungsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit am 17. d. Mts. die alten Bestimmungen der Gewerbeordnung wieder aufleben zu lassen. Seinem Verlangen nach Freiheit für tarifvertragliche Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit könnte auch durch eine abermalige Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnung nicht Rechnung getragen werden. In beiden Fällen ist die Durchführung der wirtschaftlich und politisch notwendigen Maßnahmen ohne schwere innerpolitisch bedenkliche Erschütterungen des öffentlichen Lebens nicht möglich. Deshalb erwartet der Deutsche Gewerkschaftsbund für den Fall, daß vor dem Ablauf der Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnung die durch interfraktionelle, auch von sozialdemokratischer Seite gutgeheißene Vereinbarungen vorbereitete gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nicht erfolgt, daß der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Notregelung der Arbeitszeit trifft, die den Weg zu tarifvertraglichen Vereinbarungen über die Arbeitszeit zwischen den Beteiligten freimacht.

Die Teuerungsunruhen.

* **Köln**, 19. Nov. Am Samstag abend wurde ein Möbelwagenführer der Speditionsfirma Pet. Jos. Zimmer, der sich auf der Fahrt von Duisburg nach Köln befand, in Düsseldorf zweimal von einer Horde von 50 bis 60 Mann überfallen, die den Führer zum Halten zu zwingen versuchten. Als dieser durchfuhr, geriet er in ein regelrechtes Feuergefecht, dessen Spuren an den Wagen zu sehen sind. Ferner wurden die Wagen mit Steinen beworfen. Es gelang der Horde jedoch nicht, ihr Ziel zu erreichen.

wtb. **Ilmenau**, 19. Nov. Am Samstag nachmittag versuchte eine große Anzahl meist ortsfremder Personen, aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis die in der letzten Woche von der Landespolizei eingelieferten Personen zu befreien. Das innere Tor des Gefängnisses wurde zertrümmert, und die Menge drang in den Hof ein. Die wenigen wachehaltenden Schutzpolizeibeamten machten bei der Abwehr von der Waffe Gebrauch, wobei ein junger Bergarbeiter aus Elgersburg getötet und zwei andere Personen leicht verletzt wurden. 14 Gefängnisinsassen, darunter der Gemeindevorsteher von Elgersburg, konnten entweichen. 15 Aufrührer, meist Elgersburger Einwohner, wurden festgenommen. Gestern ist Reichswehr in Elgersburg eingerückt.

Hohenzollern u. Wittelsbach.

Aus den Erinnerungen des Grafen Philipp zu Eulenburg.

Im Sommer 1881 kam Graf Philipp zu Eulenburg zur preußischen Gesandtschaft in München, deren Chef damals Graf Georg von Werthern war.

Unter dem 6. September 1887 schrieb in München Eulenburg in sein Tagebuch über die Ankunft des Deutschen Kronprinzen:

„Wir fuhren zum Hotel Vier Jahreszeiten, wo mich der Prinz zu sich in sein Zimmer nahm und eine gute halbe Stunde fast ununterbrochen sprach. Er berührte Politik, bayrische Interessen, Militärverhältnisse, und erzählte, was mir bereits Prinz Wilhelm (der spätere Kaiser) mitgeteilt hatte, daß Prinz Ludwig von Bayern (später König Ludwig III.) in London dem Herzog von Connaught gesagt habe, wie sehr er Preußen hasse."

Der Kronprinz habe, so fügt Eulenburg hinzu, im Hause Wittelsbach den Erbfeind der Hohenzollern gesehen und trotz aller Liberalität der Anschauungen an dem Gedanken festgehalten, daß er als Kaiser neben sich keine Könige dulden könne. Im Tagebuch heißt es weiter:

„Als mir vor der Abreise im königlichen Wartesaal auch die Kronprinzessin voller Eifer und vollen Zorn die Aeußerung des Prinzen Ludwig wiederholte, sagte ich ihr, daß es sich bei unserm Verhältnis zu Bayern einfach um die Frage handle, ob es unsere Politik sei, fernerhin die kleinere Reihe bestehen lassen zu wollen oder nicht. Im letzteren Falle könnten wir auf die Ungezogenheiten eines bayrischen Prinzen sehr nachdrücklich antworten. Im ersteren Falle würden wir die Ungezogenheiten ignorieren müssen, damit nicht ein persönlicher Streit zwischen den Fürstenhäusern den bundesfreundlichen Verkehr der Staaten beeinträchtige. Die Kronprinzessin in ihrer englisch-hannoverschen Anschauung der Dinge wendete sich energisch gegen den Gedanken, die Selbständigkeit der Bundesstaaten antasten zu wollen, behauptete aber, daß man sich vergeblich werfe, wenn man dem Prinzen Ludwig in Berlin Höflichkeiten erweise."

Der damalige Kronprinz besuchte, so berichtet Eulenburg, „stets im Spätsommer in seiner Eigenschaft als Generalinspekteur der bayrischen Truppen diesen seinen Kommandobezirk, nicht ohne den . . . König Ludwig durch diesen Eingriff in die monarchischen Sonderrechte Bayerns in große Aufregung zu versetzen, die sich darin äußerte, daß der König ihn niemals empfing und ihn als seinen Todfeind haßte."

Das war noch der zweite Ludwig, der verlangt hatte, daß die Kaiserkrone zwischen den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach wechsele. Der dritte Ludwig, der die Regierung zum Herzog von Connaught tat, war derselbe, der in Moskau in einer sensationellen Tischrede erklärt hatte, die deutschen Fürsten seien die Verbündeten, nicht die Vasallen des Deutschen Kaisers.

Aus Nah u. Fern

"Die Gräfin und der unbekannte Tänzer."

Ueber einen sehr kühnen Gaunerstreich, bei dem eine lebenslustige Gräfin das leidende Opfer war, wird aus Paris berichtet. Fanny Robert, bekannt in der Welt, in der man sich nicht langweilt, als Komtesse de Tessecourt, wurde kürzlich am frühen Vormittag telephonisch gerufen. Ein junger Mann, mit dem die Komtesse sehr nahe auf einem Ball getanzt haben soll — den sie aber nicht kannte —, bot ihr ein herrliches Armband mit Diamanten und Saphiren für einen kleinen Preis zum Kauf an. Die vorstellte Gräfin dankte ganz entschieden. Trotzdem kam sich der junge Tänzer bald in ihrer Wohnung ein und ließ ohne Geld das Armband bei ihr. Am folgenden Tage kam ein anderer Herr zur Komtesse, und zwar in Begleitung einer jungen Dame, als deren Interessenvertreter er sich vorstellte. Die junge Dame war bestohlen worden. Der Dieb sei festgenommen und habe erklärt, daß das Diebesgut sich in der Wohnung der Komtesse befände. Diese gab das Armband heraus. Bald darauf aber traten drei Geheimbeamte bei ihr ein, die einen Mann mit Handschellen mit sich führten, den unbekannten Tänzer. Die Beamten verlangten von der Komtesse das Armband und auch das Geld, das der Dieb angeblich bei ihr hinterlassen hat. Man drohte sogar im Weigerungsfalle, sie als Komplizin festzunehmen. Die Komtesse erklärte, daß sie bereits jenes Armband seiner rechtmäßigen Besitzerin zurückerstattet habe, doch darum scherten sich die Beamten absolut nicht. Alle Schubladen wurden geöffnet, alle Schränke durchstöbert; alle sämtliche kostbaren Schmucksachen, es sollen ihrer sehr viele gewesen sein, wurden von den Beamten mitgenommen, die Gräfin in heller Verzweiflung zurücklassend. Endlich ermannte sie sich und telephonierte an die Polizei. Das Resultat war: die angeblichen Beamten waren lange gesuchte Diebe und Einbrecher, die den lohnenden Trick erfunden hatten, um die Prinzessin auszurauben.

Die bekehrten Kopfjäger.

Die Insel Formosa, die jetzt ein sehr zivilisiertes Land geworden ist, war Jahrhunderte lang berüchtigt durch die dort hausenden Kopfjäger und die Seeräuber, die sich auf der Insel niedergelassen hatten. Der Engländer Dr. Rutter, der in seinem Buch „Durch Formosa" die über aus interessante Geschichte dieses Eilandes erzählt, erinnert an die merkwürdige Art, auf die das bis Ende des 17. Jahrhunderts in Europa kaum genannte Formosa in aller Munde kam. Ein Schwindler großen Stils, George Psalmanassar, der aus Avignon stammte, gab sich für einen Eingeborenen von Formosa aus und veröffentlichte ein lateinisches Werk, in dem er eine vollständig erfundene Geschichte der sozialen Einrichtungen des Landes gab und auch in einer von ihm ausgedachten formosanischen Sprache verschiedene Texte beibrachte. Es dauerte lange, bevor man diesem Betrug auf die Spur kam und feststellte, daß die Insel keineswegs ein idealer Staat war, sondern eine Räuberansiedlung von chinesischen Abenteurern, und daß beliebteste Schmuck der Häuser der Eingeborenen Chinesenschädel bildeten, die sie gejagt hatten. Auch die Japaner sind seit der Besetzung der Insel mit diesen Kopfjägern noch nicht fertig geworden, und Rutter betont, daß man ihnen mit Gewalt nichts auszurichten ist, sondern daß sie eigentlich gutmütige und freundliche Menschen sind, deren eigentümliche Sitten man eingehen muß, um sie zu gewinnen. Der beste Beweis dafür ist die Geschichte des Chinesen Goho, dem es gelang, die Kopfjäger von ihrer grausamen Zeremonie abzubringen. Dieser Chinese herrschte 40 Jahre lang über sie und gewann ihre Liebe durch Güte und Weisheit. Er wollte ihnen jedoch nicht gestatten, bei ihrem jährlichen Menschenopfer einen Verbrecher seines Kopfes zu berauben, wie sie das seit uralter Zeit gewohnt waren. Jahr für Jahr überredete er sie statt des Menschenopfers andere Gaben darzubringen, in der Hoffte auf diese Weise, diesen mörderischen Brauch auszurotten. Aber schließlich erklärten sie, daß sie, wenn sie ihnen nicht einen Verbrecher überliefern würde, einen Chinesen fangen und schlachten wollten. Da sagte Goho: „Geht, geht morgen in den Wald. Dort werdet ihr einen Mann in einem roten Gewand sehen, mit einem roten Hut auf dem Kopf und einem roten Tuch über dem Gesicht. Wenn Ihr ihn seht, schlaat ihn nieder, denn er ist Euer Opfer." Und so geschah es. Aber als der Kopf von den Schultern rollte, da sahen sie, daß es kein anderer war als Goho selbst, den sie ermordet hatten. So groß war die Liebe und Verehrung für Goho, daß die Kopfjäger gelobten, niemals wieder einen Menschen zu opfern und sie haben ihr Gelübde bis heute gehalten.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	19. November		20. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gulden	952613	957387	1560000	15670
Buenos-Aires	857850	862150	1276800	1283
Belgien 1 Frk.	113750	114285	180525	1905
Norwegen 1 Kr.	369075	370925	608475	611
Dänemark 1 Kr.	434910	437090	718200	721
Schweden 1 Kr.	674310	677690	1097250	1102
Finnland 1 M.	67830	68170	111720	112
Italien 1 Lire	107730	108270	179550	180
England	11.982500	11.027500	17.955000	18.045
New York 1 D.	2.513700	2.526300	4.189500	4 216
Paris 1 Frk.	131670	132330	223440	224
Schweiz 1 Frk.	444880	447120	722190	725
Spanien 1 Pes.	320175	330825	542610	543
Japan	1.208970	1.215030	1.995000	2.005
Rio de Janeiro	215460	216540	351120	352
Wien 100 Kr.	35910	36090	58653	58
Prag 1 Kr.	73815	74185	121695	122
Budapest 1 Kr.	139650	140350	217455	218
Sofia	21945	22055	33915	340
Jugoslawien	29925	30075	46284	465

(Alles in Millionen Mark.)

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Wochenabonnement: 450 Milliarden, Einzelnummer: 80 Milliarden Mk.

Zum Geleit.

Wenn du noch eine Heimat hast,
So nimm den Ranzen und den Stecken,
Und wandre, wandre ohne Rast,
Bis du erreichst den teuren Flecken.

Albert Traeger.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 22. November 1923.

—* **Ueber die Kraft und Wirkung des alten und neuen Glaubens** sprach gestern nachmittag im Saale Kuhstraße 7 Herr Pastor Grote-Dhün in sehr anschaulicher fesselnder Weise. Der einzige Ruhepunkt und Zufluchtsort in dieser Zeit voll Widerwärtigkeiten und Unrecht bleibt der alte, treue beständige Gott. Es tut uns bitter not, wieder mehr und besser den Aufblick zum Anfänger und Vollender unseres Glaubens zu lernen. Wie reich sind wir doch, trotz aller Armut durch das lautere Wort Gottes. Wie fröhlich und mutig werden wir, wenn wir solche Speisen der Kraft Gottes essen dürfen. — Der große Saal war voll besetzt. — Bis Sonntag (evtl. bis Montag) wird Herr Pastor Grote nachmittags halb vier Uhr und abends acht Uhr Vorträge halten. Der Besuch wird herzlich empfohlen. Siehe auch heutige Anzeige.

—* **Am Dienstag** entgleiste beim Bahnübergang an der Hörderstraße ein Zug. Ob großer Materialschaden entstand und ob Menschen verunglückt sind, ist uns nicht bekannt.

—* **Eingebrochen** wurde in einer der letzten Nächte in einem Zigarrenladen an der Hörderstraße. Es scheint, als ob es die Herren Einbrecher auf jene Ecke abgesehen haben, denn vor ganz kurzer Zeit wurde dort bei einem Kolonialwarenladen ein Einbruch verübt und Lebensmittel gestohlen.

—* **An die hiesigen Schachspieler** wird im Inseratenteil unserer heutigen Nummer die Bitte gerichtet, am Freitag sich im Kaffee Heermann einzufinden zwecks Gründung eines Schachklubs Schwerte. Wir begrüßen die Absicht und hoffen, daß sich recht zahlreiche Spieler einfinden. (Näheres im Inseratenteil.)

—* **Ermäßigung beim Lohnabzug. Die Verhältniszahl ! Ermäßigung beim Steuerabzug beträgt ab 18. November unverändert dreihunderttausend. Der Multiplikator für Sachbezüge beträgt ab 21. November gegenüber Sätzen der zweiten Septemberhälfte fünfhunderttausend.**

—* **Die Notgeldmünzen des Deutschen Volksopfers, die zur Erinnerung an den Abwehrkampf an Rhein und Ruhr nach einem Entwurf des Bildhauers Prof. Georg Kolbe geprägt sind und das Bild des gefesselten Prometheus, auf der Rückseite aber eine lodernde Flamme tragen, gelangen heute zum Verkauf und finden in den Sammlerkreisen viel Beachtung. Außer der Reichsgeschäftsstelle des Deutschen Volksopfers haben auch der Preußische Landesausschuß für das Deutsche Volksopfer, Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3, sowie die Provinzialausschüsse den Vertrieb übernommen. Der Preis des ganzen Münzsatzes beträgt 5 Goldmark, einzeln sind die drei Münzen (Messing, versilbert und vergoldet) zum Preise von 1, 2 und 3 Goldmark zu haben Auf Wunsch werden sie gegen Voreinsendung wertbeständiger Zahlungsmittel verschickt.**

—* **Ueber Erleichterung beim Stickstoffbezug** macht das Stickstoffsyndikat folgende Mitteilung: Wie erinnerlich, hat sich die Reichsbank bereit erklärt, Papiermarkbeträge welche zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, zum Kurs des Zahlungstages in Goldanleihe umzuwandeln und diese dem Stickstoffsyndikat gutzuschreiben. So lange diese Art der Zahlung möglich ist, bildet ein Kaufvertrag über Stickstoff mit dem Stickstoffsyndikat die Voraussetzung für diese Vergünstigung

—* **Arbeitslose Schweizer in Deutschland. Die überhandnehmende Arbeitslosigkeit in Deutschland hat bereits viele Schweizer d. in Deutschland lebten zur Rückkehr nach der Schweiz veranlaßt. Das eidgenössische Arbeitsamt hat Vorsorge getroffen, daß die arbeitslos gewordenen Schweizer in der Heimat Beschäftigung finden.**

—* **Stadtkinder aufs Land.** Die Beförderung hilfsbedürftiger Stadtkinder zum Landaufenthalt wird von der Eisenbahnverwaltung nach Möglichkeit gefördert. Die beteiligten Dienststellen sind angewiesen, das weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen und die Beförderung nach Möglichkeit zu unterstützen. Auf den Abgangs- und Uebergangsstationen sind geeignete Räume bereit zu stellen, soweit dies nötig ist. Die Verschickung wird von dem Verein Landaufenthalt für Stadtkinder geleitet.

—* **Vereinfachter Nachbarverkehr.** Die Beglaubigung von Urkunden wurde von den obersten und einer Reihe von anderen höheren Verwaltungsbehörden nach einem Vertrag zwischen dem Reiche und Oesterreich-Ungarn gegenseitig nicht verlangt. Dieser Vertrag ist im Verhältnis zur Tschechoslowakei wieder in Kraft gesetzt worden.

—* **Die Goldanleihe.** Die „Berl. Börsenztg." schreibt u. a.: Nachdem nun die Diskontierung von Reichsschatzwechseln in Papiermark eingestellt und damit die Hauptquelle der Papiermarkinflation verstopft worden ist, erscheint es durchaus begründet, daß auch die ausländische Bewertung für die Reichsmark wieder in regulärer Form geschieht, so daß wir jedenfalls mit Auslandskursen für die Mark rechnen können, die unter dem nur gesprochenen niedrigsten Kurs liegen. Es dürfte sich somit allmählich wieder ein regulärer Markkurs entwickeln. Bis dahin will man auch mit der Festsetzung eines Mindesteinlösungskurses für die Papiermark in Goldanleihe warten. Für die Goldanleihe ergeben sich aus dieser Sachlage naturgemäß ebenfalls ganz neue Gesichtspunkte. Sie ist zunächst das Hauptmittel für die Reichsfinanzierung. Daneben wird auch die Privatwirtschaft da Rentenmark noch nicht zur Verfügung steht, ihren finanziellen Bedarf in der Hauptsache mit der Goldanleihe befriedigen müssen. Damit ist die Goldanleihe aus ihrer bisherigen günstigen Position gegenüber der Papiermark herausgedrängt worden. — Die Rentenmark muß natürlich mit allen irgendwie erreichbaren Mitteln gestützt werden.

—* **Staatslotterie.** Die jetzt abgelaufene Papiermarklotterie ist ein Opfer der Geldentwertung geworden. Die Umgestaltung in eine einklassige, wertbeständige Lotterie war daher geboten. Die Gewinne der neuen Lotterie sind abzugsfrei und wertbeständig. Der Hauptgewinn beträgt 50 000 Dollar. Der Lospreis wird in wertbeständigem Gelde jeder Art bezahlt. Es werden nur 100 000 Lose ausgegeben.

—* **Ersatz für verlorene Postpakete.** Der Ersatzbetrag für Postpakete ohne Wertangabe ist auf 140 Milliarden Mark für je 500 Gramm der ganzen Sendung und für eingeschriebene Sendungen auf eine Billion Mark erhöht. Die neuen Sätze gelten für die vom 12. November ab aufgelieferten Sendungen. Merkwürdigerweise legt die Post bei der Berechnung des Schadenersatzes den Tag der Auflieferung zugrunde. Da die Nachforschung nach verlorenen Sendungen erfahrungsgemäß einige Wochen in Anspruch nimmt, kann der Absender oder Empfänger bei fortschreitender Geldentwertung nicht auf seine Kosten kommen.

—* **Aenderung der Flüchtlingsfürsorge.** Die Flüchtlingsfürsorge hört mit dem 30. November auf, soweit die Personen nicht im Lager untergebracht sind. Sie gehen auf die Sozial- und Kleinrentnerfürsorge über. Zu den Flüchtlingen gehören die Grenzlandvertriebenen, die reichsdeutschen Auslandsflüchtlinge und die Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen. Die beteiligten Behörden sind angewiesen worden, sich mit den Stellen der Flüchtlingsfürsorge ins Benehmen zu setzen. Diese Stellen sind vom Reichsminister des Innern mit den nötigen Weisungen versehen worden. Bei der Prüfung der Voraussetzungen für die neue Fürsorge soll nicht engherzig verfahren werden.

—* **Verschlechterte Großstadtgesundheit.** Die Gesundheit der deutschen Großstädte hat sich in der Woche vom 21.—27. Oktober gegen die Vorwoche insofern verschlechtert, als die Zahl der Orte mit steigender Sterblichkeit von 16 auf 20 angewachsen, die mit fallender von 27 auf 24 zurückgegangen ist. Sie blieb gleich in Hamburg mit 8,1 auf 1000 Einwohner aufs Jahr ohne Ortsfremde berechnet, sie stieg in ganz Berlin auf 11,8, Alt-Berlin 13,9, Köln 10,1 Barmen 8,9, Elberfeld 7,5, Aachen 11,1, Crefeld 11,6, Buer 11,9, Königsberg i. Pr. 11,2, Kiel 8,5, Cassel 10,0, Braunschweig 15,1, Leipzig 10,4, Dresden 11,2, Chemnitz 9,7, Frankfurt a. M. 8,5, Mannheim 11,4 Ludwigshafen 10,5, Nürnberg 10,1, Stuttgart 9,2, Augsburg 12,9. Sie fiel in Neu-Berlin auf 9,7, Essen 6,2, Düsseldorf 7,5, Dortmund 7,5, Gelsenkirchen 10,4, Bochum 8,7, Hamborn 5,9, Mülheim a. R. 8,6, M.-Gladbach 7,7, Oberhausen 7,2, Münster i. W. 5,4, Bremen 11,3, Stettin 9,7 Altona 9,2, Lübeck 9,7, Breslau 11,8, Hannover 10,9, Magdeburg 10,2, Halle a. S. 12,3, Erfurt 8,5, Plauen i. Vogtl. 4,7, Mainz 11,4, Wiesbaden 8,0, München 9,8 und Karlsruhe 9,5. Die Zahl fehlt aus Duisburg.

—* **Dienstgeldstrafen.** Ueber Dienstgeldstrafen von Reichsbeamten sind zwei bemerkenswerte Bestimmungen getroffen worden. Wird das Diensteinkommen während des Monats nach dem Tage der Bestrafung erhöht, so wird diese spätere Erhöhung bei der Bestrafung nicht berücksichtigt. Maßgebend ist der Durchschnitt der Monatsbezüge. Die Geldstrafen sollen aber möglichst schnell beigetrieben werden. Die Bewährungsfrist beträgt bei Geldstrafen bis zu einem Viertel des höchsten zulässigen Betrags fünf Jahre, bei sonstigen Geldstrafen 10 Jahre. Schon bei der Eintragung des Vermerks über die Verhängung einer Strafe ist die Frist zu verfügen, innerhalb deren die Akten zur Prüfung der Löschungsfähigkeit der Strafe wieder vorzulegen sind.

Aus den Provinzen.

!a! **Unna.** (Eine Konferenz) fand hier dieser Tage statt. Es handelt sich um eine Zusammenkunft von Industriellen, die sich mit den abgebrochenen Verhandlungen mit der Micum befaßte.

:=: **Attendorn.** (Brandstiftung.) Die älteste Domäne des Sauerlandes, „Ewig", nahe unserer Stadt gelegen, ist vor kurzem durch einen größeren Brand eingeäschert worden, der auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Als Brandstifter ist ein auf der Domäne angestellter Holländer ermittelt und verhaftet worden. Die beiden ausgebrannten Flügel werden wieder überdacht und wohnlich eingerichtet, das Herrenhaus und die Wirtschaftsgebäude nach einem neuen veränderten Bauplan wieder aufgebaut.

:: **Recklinghausen.** (Ein schwerer Einbruch), bei dem den Einbrechern Gegenstände im Werte von mehreren tausend Billionen in die Hände fielen, wurde in der Nacht von Donnerstag zum Freitag in der Hl.-Geist-Straße verübt. Die Diebe stahlen etwa 30 Anzüge, 25 Herrenschlüpfer und verschiedene Damenkonfektion. Die bestohlene Firma, Max Mischkowski, setzt für die Namhaftmachung der Täter eine Belohnung von 200 Billionen aus.

! **Lindenberg.** (Aus Gram erschosse
Aus Kummer über den Tod seiner Frau hat s
der Arzt Dr. Müller hier erschossen.

:=: **Münster i. W.** (Sand statt Bro
Ein Landwirt, der im Anfang ds. Js. San
statt Getreide auf der Station Havixb
zur Ablieferung gebracht hatte, vom Schöffeng
richt zu drei Monaten Gefängnis und 100 000
Geldstrafe verurteilt worden war und dagegen B
rufung eingelegt hatte, wurde jetzt von der Stra
kammer zu sechs Monaten Gefängnis und 10 B
lionen ℳ Geldstrafe verurteilt. Das Gericht k
zeichnete die Tat als gemeines Verbrechen a
Volk.

Das goldlose Europa.

Ein Mythus von gestern.

Wie sehr sich die wirtschaftlichen Verhältni
nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa g
ändert haben, halten wir uns nicht immer gege
wärtig; es geht sinnfällig aus einer Zeitschri
hervor, die ein Engländer der „Daily Mai
schickt, und die auch uns nachdenklich machen kan
„Vor ein paar Wochen", so erzählt der Einsende
„hielt ich mich in der Schweiz" auf, und erleb
da eine große Erschütterung. Ich wechselte ei
englische Note in Schweizer Geld um und erhie
außer ein paar Silber- und Nickelmünzen, e
Goldstück. Der Portier des Hotels gab mir d
Goldstück mit der Miene eines Mannes, dem d
täglich vorkommt. Er hielt dazu keine Red
auch kam das Orchester nicht heraus, um d
Schweizer Nationalhymne zu spielen. Währer
eines Augenblicks der Verwirrung dachte ich,
wolle die Unerfahrenheit eines Ausländers aus
nützen und mich mit falschem Geld betrügen. I
machte unwillkürlich eine Bewegung, um mi
nach einem Polizisten umzusehen, aber ich faßt
mich rasch. Ich nahm das Goldstück und ließ e
auf den Steinfußboden springen. Es gab eine
Klang, den ich, wie ich mich dunkel erinnere, ein
oft gehört habe, als es in England noch Sover
eigns und halbe Sovereigns gab. Es war u
zweifelhaft ein echtes Goldstück, und ich kann e
kaum ausdrücken, mit welcher Bewegung ich es b
trachte, und wie erschüttert ich war, zu sehen, da
es in Europa noch ein Land gibt, das solche Mün
zen prägt und in Umlauf setzt.

Vor einem Jahre kam es mir in Paris vo
daß man mir beim Wechseln eine Briefmarke gal
die in eine kleine Papierhülle eingeschlossen wa
auf der sich eine Reklame für Gesundheitspille
befand. Ich verhehlte dem Mann, der sie mir gal
meine Mißbilligung nicht. „Das hätte die fran
zösische Republik nicht nötig," meinte ich. De
andere zuckte die Achseln, und zeigte mir ein
Silbermünze, die einzige, die er besaß, sie sa
aus, als ob sie von der „Dicken Berta" getroffe
worden wäre. Aber die französische Republik leb
trotz ihres Goldmangels, und wir in England
wo seit vielen Jahren nur wenige ein Goldstü
gesehen haben, und dessen Jugend niemals ein
zu Gesicht bekam, wir leben auch.

Der Einsender meint, ein uralter wirtschaftli
cher Mythus sei durch die Entwicklung zerstört
die Menschheit habe geglaubt, die reichste Natio
sei die, die die größte Goldreserve habe, aber di
Vereinigten Staaten, die heute fast die Hälfte de
Goldvorrates der Welt besitzen, hätten doppelt s
hohe Arbeitslosenziffern als England. Kürzlic
habe Hoover erklärt, die Alliierten könnten ihr
Schulden an Amerika in Gold zahlen. Falls die
wirklich der Fall sein sollte, würde Amerika wahr
scheinlich dadurch ruiniert werden. Das Spie
mit Gold sei nur solange vorteilhaft, als alle be
reit sind, mitzuspielen. Nicht Goldreserven mach
ten ein Volk reich, sondern Arbeit. Wenn dies
Tatsache erst in die Köpfe der Volkswirtschaftle
und der Politiker eingedrungen sei, dann habe sich
eine wahre Weltrevolution vollzogen.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

19] (Nachdruck verboten.)

Der Tote aber lag auf seinen weißen Kissen so still und friedlich, wie nur immer der beste und vollkommenste Ehrenmann hätte auf seiner letzten Ruhestatt liegen können. Wenn sein Sterben schwer und sein Todeskampf schmerzlich gewesen war, so hatte die glättende und verschönende Hand des Todesengels doch jede Spur dieses Kämpfens und Leidens wieder hinweggewischt aus seinem farblosen aber vollkommen ruhigen Antlitz. Es war noch dasselbe unschöne, grobknochige Gesicht, dessen Erinnerung Hermann Rodeck in seiner Vorstellung bewahrt hatte; aber die Züge, deren Härte und Brutalität ihn an dem Lebenden schon bei der ersten Begegnung so heftig abgestoßen hatte, dünkten ihn heute milder und freundlicher. Ja, es war ihm, als sähe er den Schatten eines Lächelns auf den leicht geöffneten, bleichen Lippen. Und wenn er auch sehr weit davon entfernt war, etwas wie Zärtlichkeit für diesen Toten oder eine Regung der Trauer um seinen Hingang zu fühlen, so sänftigten sich doch bei seinem Anblick die herben Empfindungen, mit denen er bis zu diesem Tage seiner gedacht hatte.

Ein unüberbrückbarer Abgrund hatte ihn von diesem seinem einzigen Verwandten getrennt, ein Abgrund, über den hinweg es bei der Verschiedenheit ihrer Naturen, ihrer Anschauungen und Ehrbegriffe nimmermehr eine Verständigung geben konnte. Und nimmermehr, obwohl er selber ja keine persönliche Unbill von ihm erfahren, würde Rodeck vergessen haben, wie lieblos und unbarmherzig sich Jens Jenssen gegen seine heißgeliebte, vom Leben grausam geprüfte Mutter erwiesen. Es hatte ihn wahrlich nicht die geringste Ueberwindung gekostet, die Anerbietungen zurückzuweisen, die ihm von dieser Seite gekommen waren. Und auch im Angesicht des Toten fühlte er nichts von Reue darüber, daß er es getan. Aber auch sein Groll schwand jetzt mählich dahin. Die häßlichen Flecken, die ihm die Gestalt dieses Mannes entstellt und verdunkelt hatten, sie verblaßten vor der Hoheit des Todes, die immer groß und majestätisch wirkt, auch wenn sie sich vor der entseelten Hülle des armseligsten Geschöpfes offenbart.

Er empfand es fast wie ein Unrecht, daß er sich nicht hatte entschließen können, einen Kranz oder eine Handvoll Blumen mitzubringen, und wie zum Zeichen der Vergebung legte er für einen Moment seine Hand auf die eiskalte Stirn der Leiche.

Dann aber raffte er sich energisch aus seiner weichmütigen Stimmung auf und gedachte der ernsten Pflichten, die zu erfüllen er nach Hamburg gekommen war. Festen Schrittes verließ er das Gemach und wandte sich an den Diener, den er draußen im Vorzimmer wiederfand, mit der Aufforderung, ihm alles zu erzählen, was er von den letzten Lebensstunden des Verstorbenen wisse. Und der Gefragte zögerte nicht, ihm mit der Redseligkeit, die solchen Leuten eigentümlich ist, die verlangte Auskunft zu geben. Es war nichts Außergewöhnliches und nichts Befremdliches in dem, was Hermann Rodeck erfuhr — nichts, was sich als eine Bestätigung oder gar als eine Verstärkung des von Wilhelm Langheld geäußerten furchtbaren Verdachts hätte deuten lassen. Hier in der unmittelbaren Umgebung des Toten war man unverkennbar weltenweit von solchem Verdacht entfernt. Und der Diener sah in den eingehenden Fragen des Malers ohne allen Zweifel nichts anderes, als das natürliche und begreifliche Interesse des einzigen Blutsverwandten an einem Sterbefall, der ihn so nahe berührte.

Als er sicher war, alles gehört zu haben, was jener zu sagen wußte, erkundigte sich Hermann Rodeck nach der Stunde der auf den folgenden Nachmittag angesetzten Beerdigung und verließ das Haus. Während er den Garten durchschritt, sah er an der Gitterpforte desselben eine Automobildroschke vorfahren, der eine in tiefste Trauer gekleidete Dame entstieg. Er trat ein wenig zur Seite, um sie an sich vorüberzulassen, und zog, als sie ihm nahegekommen war, in selbstverständlicher Höflichkeit den Hut. Für einen Moment wandte die Unbekannte ihm ihr Gesicht zu, um mit leichtem, anmutigem Neigen des Kopfes für seinen Gruß zu danken. Der dichte, schwarze Schleier hinderte ihn, die Züge dieses Gesichts mit Deutlichkeit zu erkennen; aber er sah doch durch die Maschen des feinen Gewebes die seltsam großen, leuchtenden Augen, deren Blick für die Dauer einer Sekunde dem seinen begegnete, und er hatte eine Empfindung, als ob ihm nie in seinem Leben Augen von solchem Glanz und solcher Tiefe vorgekommen wären. Auch wenn die Umstände es ihm nicht so leicht gemacht hätten, zu erraten, wer diese Dame in Trauer sei, würde er keinen Zweifel gehegt haben, daß er Fräulein Luisa Magnus, der Verlobten seines Onkels, begegnet war. Und während er dann die Gartentür hinter sich zudrückte, konnte er sich's nicht versagen, noch einmal nach ihr zurückzuschauen. Sie hatte eben die letzte Stufe der zum Hauseingang emporführenden Treppe erstiegen, und er gewann nur noch einen flüchtigen Eindruck von ihrer schon im nächsten Augenblick entschwundenen Gestalt. Aber dieser flüchtige Eindruck hatte hingereicht, ihn zu überzeugen, daß dieser schlanke, biegsame Frauenkörper von berückender Schönheit sein müsse — von einer Schönheit jedenfalls, die in einem sonderbaren Mißverhältnis stand zu der abstoßenden Häßlichkeit des stillen, alten Mannes da drinnen, um den sie sich in die dunklen Gewänder bräutlicher Trauer gehüllt hatte.

6. Kapitel.

Ein blutjunges, freundlich und bescheiden blickendes Dienstmädchen war es, das dem Maler auf sein Klingeln geöffnet hatte. Er erkundigte sich, ob Doktor Holthausen zu sprechen sei, und auf die schüchterne Frage des Mädchens, ob er den Herrn Doktor als Patient zu konsultieren wünsche, erwiderte er ihr:

„Nein, ich komme, um ihm einen Besuch zu machen. Und ich will ihn selbstverständlich nicht stören, wenn er beruflich in Anspruch genommen ist."

Die Kleine zupfte verlegen an ihren Schürzenbändern. Sie war in bezug auf diplomatische Ausflüchte jedenfalls schlecht abgerichtet, und es kam recht ungeschickt heraus, da sie nach einigem Zaudern sagte: „Der Herr Doktor hat erklärt, daß er nur für Patienten zu sprechen sei. Und ich — ich möchte doch lieber erst bei dem Fräulein anfragen, ob ich den Herrn melden soll."

(Fortsetzung folgt.)

Madrid und Rom.

Der großen Entente (Frankreich, England, Italien, Belgien), der kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien und Polen) soll nun die neue Entente (Italien und Spanien) für das Mittelländische Meer folgen. Auch hier wird die enge und brüderliche Freundschaft der beiden Staaten betont. Daß solche Freundschaften unter Umständen nicht viel besagen wollen, zeigt das Verhältnis zwischen England und Frankreich, das wie das von Hund und Katze ist, aber „das Kind muß doch einen Namen haben."

Zwischen Italien und Spanien ist nun wohl weniger das Eintreten von Beziehungen zu erwarten, wie sie zwischen Frankreich und England tatsächlich vorhanden sind, denn eine direkte und gefährliche Konkurrenz unter den beiden Staaten ist nicht vorhanden und mit ihr zunächst nicht zu rechnen. Aber es könnte unternommen werden, diese neue Entente zu sprengen, indem versucht wird, dem einen Teile besondere Versprechungen zu machen. So ist ja auch der Dreibund gesprengt worden, indem Italien durch Verheißungen aller Art bewogen worden ist, aus diesem Bündnis auszuscheiden.

Die Italiener haben sich wiederholt geäußert, daß sie aus dem Weltkriege nicht den Erfolg zu haben, den sie vorausgesetzt hatten, und in der Bevölkerung wird rückhaltslos gesagt, es würde viel lohnender gewesen sein, Hand in Hand mit Deutschland und Oesterreich zusammenzugehen. Dies „lohnender" geht auf Nizza und Savoyen, die 1859 an Frankreich abgetretenen Stammlande des italienischen Königshauses, die weite Kreise in Rom gern zurückgewonnen hätten.

Die Engländer haben sich längst im Mittelmeere vorgesehen, und die Franzosen haben dafür gesorgt, daß die Südslawen, die Serben, an der dalmatinischen Küste einen viel größeren Besitz erhalten haben, als den Italienern lieb ist. Die Türken haben viel Selbständigkeit bewahrt, aber daneben ist noch so viel Reichtum auf diesen Inseln und an diesen Küsten an Landbesitz aufgespeichert, daß Italien meint, nur die Hand ausstrecken zu brauchen, um sich weiterhin mit einer „Abrundung" seines Güterbereiches zu versorgen. Denn es ist in Rom wohl Ueberzeugung, daß Italien der berufene und rechtmäßige Herr über das Mittelmeer ist, nicht erst von heute und gestern, sondern seit mehr als 2000 Jahren, seit der Herrschaft des alten römischen Reiches, seit dem Untergang der Seestadt Karthago.

Die Spanier haben ihre Ansprüche im wesentlichen auf die Nordwestküste von Afrika beschränkt, wo sie die Nachbarn der Franzosen sind. Grenzdifferenzen haben zwischen beiden Regierungen kaum stattgefunden, wenigstens nicht solche ernstlicher Natur, aber es ist leicht möglich, daß mit den Jahren sich auch ein steigender Appetit nach Ausdehnung des spanischen Besitzes in Afrika oder im Mittelmeer selbst einstellt. Daß Italien den Spaniern eine solche Ausdehnung ihres Machtbereiches ventuell gönnt, wenn es für sich selbst etwas dabei herausschlagen kann, ist natürlich.

Die Seemächte von Italien und Spanien sind, vereinigt, sehr respektabel, aber bisher hat hüben wie drüben die rechte Schlagfertigkeit und das Glück gefehlt. Wer weiß auch, ob nicht die Engländer bei diesem italienisch-spanischen Bunde die Hände im Spiele haben, um darin ein weiteres Gegengewicht gegen Frankreich zu schaffen. Das Hauptinteresse, welches England am Mittelmeer hat, ist der freie Weg zum und durch den Suezkanal, und dieser ist im Verein mit Italien und Spanien am meisten gesichert, von Frankreich am stärksten bedroht.

Aus aller Welt.

— **Das Jubiläum der Feuerspritze.** Am 20. November waren es 200 Jahre her, seitdem die Feuerspritze das Licht der Welt erblickte bezw. zum ersten Male vorgeführt wurde. Es geschah dies in Augsburg und zugleich in Tübingen; nach Augsburg wurde eine „feuerlöschende Maschine" von Seiner Magnifizenz Herrn Canzlar von Pfaffen gebracht. In Tübingen hatte eine solche Maschine „der allhiesige Professor Math. Creiling" erfunden. Die Erfindungen machten so großes Aufsehen, daß der Thüringer akademische Senat beschloß, beide Arten öffentlich zu probieren, welche die beste Wirkung tun würde. Solches geschah nun am 20. November auf dem Werth in Gegenwart des Senats, der Ritterschaft und noch 100 anderen „großen Personen". Professor Ulrich Reinhofer lieferte einen Bericht über diese Probe, in dem es heißt: „Beide Maschinen hielten die Probe ohnvergleichlich und löschten die zu solchem Ende aufgebauten und mit Stroh und anderen brennenden Materialien angefüllten Hütten, da man sie angezündet und in volle Flammen gebracht, in einem Augenblick wieder."

— **Bluttaten eines Geisteskranken.** Eine furchtbare Bluttat hat der Landwirt und Gemeinderat Link in Verheim in Bayern begangen, bei dem sich bereits in den letzten Tagen infolge eines Kopfschusses und der letzten politischen Vorgänge in Bayern Spuren von Irrsinn zeigten. Er begab sich mit einem mit Zündpatronen geladenen Gewehr zu seinem Nachbarn und äußerte, er habe den Befehl, ihn zu erschießen. Hierauf schoß er den Mann nieder und verletzte ihn schwer. Nach diesem Vorfall begab sich der Geistesgestörte unter dem Ruf: „Die Kommunisten kommen!" vor das Anwesen des Gutsbesitzers Seidler und gab auf dessen Ehefrau, die ihr Kind auf dem Arm trug, einige Schüsse ab. Die Mutter starb kurz darauf. Das Kind wurde durch die Schüsse schwer verletzt. Darauf tötete der Wahnsinnige noch die Landwirtswitwe Bunk. Nachdem der Irrsinnige noch eine andere Frau schwer verletzt hatte, konnte er endlich angehalten und in eine Anstalt gebracht werden.

Merkwürdige Prophezeiungen.

Im Jahre 1849 wurde dem Prinzen Wilhelm (dem späteren Kaiser Wilhelm I.) von einer wegen ihrer prophetischen Gabe in hohen Kreisen vielgerühmten Zigeunerin gesagt, daß er einst deutscher Kaiser und als solcher ein 91jähriger Greis werden, daß das deutsche Reich nur kurze Zeit bestehen und bei seinem Untergange auch den preußischen Königsthron mit sich reißen würde, und erst am 19. März 1927 wieder ein preußischer König zur Regierung käme.

Prinz Wilhelm lächelte hierüber ungläubig u. die Zigeunerin erbot sich zum mathematischen Beweis des Gesagten. Sie hieß den Prinzen die einzelnen Ziffern der damaligen Jahreszahl 1849 untereinander stellen, sodann zusammenziehen, mit der erhaltenen Summe dreimal das gleiche Beispiel vornehmen und schließlich die enthaltenen Zahlenreihen durch einen Strich wie folgt in zwei Hälften teilen:

18|49	18|71	18|88	19|13
1	1	1	
8	8	8	
4	7	8	
9	1	8	
18|71	18|88	19|13	19|27

Die Zigeunerin sagte darauf dem Prinzen Wilhelm, daß er im Jahre 1871 deutscher Kaiser werden würde und zwar sei die größte Zahl vor dem Striche der Tag und die kleinste hinter dem Striche der Monat der Kaiserkrönung. (In der Tat erfolgte die Proklamation zum Kaiser am 18. Januar 1871.)

Die zweite Zahl 1888 sei das Todesjahr und da der Prinz 1797 geboren sei, würde er 91 Jahre alt werden. Der Todestag sei die Zahl vor dem Striche, also 18, getrennt in sich zusammen: 1 + 8 = 9, als Todestag. Den Monat ergeben die drei kleinsten Zahlen hinter dem Strich zusammengezählt: (1 + 1 + 1 = 3) gleich 9. März! Am 9. März 1888 starb denn auch Wilhelm I.

Jetzt verlangte der Prinz auch noch die Deutung der Zahl 1913, worauf die Zigeunerin für dieses Jahr den Untergang des Reiches verkündete. Die Zahlen vor dem Strich kündeten den 18. des Monats und 1 + 9 = 10 ergäbe den Monat selbst, also den 18. Oktober 1913. An diesem Tage würde einer seiner Nachkommen von vielen befreundeten Fürsten umgeben sein. Diese wären aber keine Freunde, sondern wie die kleinste Zahl 1 der Zahlenreihe hinter dem Strich ergebe, ein Jahr später seine schlimmsten Feinde, die dem Hohenzollernhause alles, was unter der Regierung Wilhelms I. entstanden sei, wieder abnehmen würden. (Der 18. Oktober 1913 war der Tag der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig, an dem die Fürsten Europas entweder anwesend oder aber wenigstens vertreten waren).

Auf die Frage des Prinzen Wilhelm, wie lange der Krieg denn dauern würde, sagte die Zigeunerin, soviel mal die Zahl 8 hinter dem Striche stehe, soviele einzelne Jahre würde der Krieg dauern, also 5 Jahre!

Der Adjutant fragte darauf die Zigeunerin, ob sie auch noch nach den vorhandenen Berechnungen den Tag des Zusammenbruches des deutschen Reiches feststellen könne. Die Zigeunerin bat ihn, die errechneten Jahreszahlen untereinander zu stellen, zusammen zu zählen und zu halbieren, wie folgt:

3	18|71
	18|88
	19|13
	56|72

In dem Ergebnis 5672, sagte sie darauf, sei alles Wissenswerte von der Zukunft gesagt: Die einzelnen Ziffern der geteilten Hälften zusammengezählt, also: 5 + 6 = 11, ergäben den Monat (November), 7 + 2 = 9 den 9. Tag, 5 + 6 + 7 = 18, also das Jahr 1918. (Ausbruch der Revolution in Deutschland!)

Die letzte Berechnung, siehe diese weiter oben, daß im Jahre 1927 der preußische Königsthron wieder aufgerichtet werden solle, bewies die Zigeunerin damit, daß es sich im Jahre 1927 um einen Thron wie 1871 handle. Es könne also auch nur die Brechnung wie bei der ersten Frage die Aufklärung geben. Dementsprechend bedeute die Zahl 19 vor dem Strich den Tag, die kleinste Zahl hinter dem Strich sei dreimal vorhanden, das ergebe den dritten Monat, also 19. März 1927.

Die Zigeunerin schloß, daß an diesem Tage Preußens Aufstieg wieder beginnen werde.

Handel und Börse.

Berliner Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Preise in Goldmark. Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo ab Station: Weizen märk. 200—204, Pomm. 200—202, Roggen märk. 185—190, Gerste märk. 189—186, Hafer märk. 164—168, Weizenmehl 33,50—36,50, Roggenmehl 30,80—32,75, Weizen- und Roggenkleie 8,40, Viktoriaerbsen 43—52, Kleine Speiseerbsen 33—36, Peluschken 17 bis 19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13,50—14, Trockenschnitzel 8, Torfmelasse 7,50—8, Kartoffelflocken 16,50—17.

Heu und Stroh.

Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station (amtlich). Preise in Goldmark. Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,00, handelsübliches Heu 0,80—0,90, gutes Heu 1,10—1,20.

Anzeigenpreise ab 16. November:

Die Grundpreise betragen:
Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 16. November 800 000 000) zu vervielfältigen.

Schach

Es soll ein Schachklub gegründet werden. Besprechung **Freitag, 23. cr., abends 8 Uhr im Café Heermann.** Schachfreunde herzlichst eingeladen. 3343

Bekanntmachung.
Die Bestimmungen des Wohnungsmangel-Gesetzes vom 26 Juli finden auf die von der Stadt Schwerte unter dem 7. April 1921 erlassene Wohnungsmangel u. Mieterschutzverordnung sinngemäße Anwendung.
Schwerte, 17. 11. 1923.
Der Magistrat:
Rohrmann. Melchheier.

Verdingung.
Die Tischlerarbeiten des 1. Bauabschnittes (30 Wohnungen) der Wohnsiedlung Geiecke sollen im öffentlichen Verding vergeben werden. Angebotshefte sind, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von 1,50 Goldmark für das Stück bei der unterzeichneten Stelle zu beziehen. Die Eröffnung der rechtzeitig im verschlossenen, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag eingehenden Angebote erfolgt im Verdingstermin am 30 November 1923 vorm. 11 Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wochen. 3342
Deutsche Reichsbahn, Hochbauabteilung Schwerte

Fischer-Kugellager
Quer-, Längs- Schräg-, Tonnenlager und Gußstahlkugeln.
Fabrikniederlage:
Carl Bartsch.
Fischer-Kugellager-Vertrieb
Hagen i. W.,
Buschey straße 1 a,
Fernruf 673.

Motor!
Landwirt sucht Motor zu kaufen von 1–2 P. S. Evtl. erfolgt Bezahlung in Lebensmitteln (Kartoffeln usw.)
Offerten unter Nr. 3339 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bei jeder Wäsche
ist das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen ist halbes Waschen! Es wirkt schmutzlösend und zeitsparend und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.
Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte unübertroffene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren
unerläßlich!

Donnerstag, den 22. November, nachm. 3½ Uhr:
Vortrag von Pastor Grote aus Dhünn
im Stadtmissionssaal, Kuhstraße 7, über das Thema:
Der Heilsplan Gottes nach 1. Tim. 3,16
a) Gott ist offenbart im Fleisch, gerechtfertigt im Geist.
Abends 8 Uhr daselbst:
Evangelisation
durch denselben.
Thema: Der alte und der neue Glaube.

Valuta-Tabellen
1914 bis Ende September 1923
Täglich notiert sind:
Reichsmark in der Schweiz
In Deutschland:

Schweizer Franken	Holländische Gulden
Französische Franken	Italienische Lire
Oesterreich-Ungarische Krone	
Deutsch-Oesterreichische Krone	
Spanische Peseta	Schwedische Krone
Pfund Sterling	Tschechische Krone
Finnische Mark	Norwegische Krone
Dänische Krone	Ungarische Krone

Dollar
Grundpreis 1.— Mk.

Der Dollar 1919—1925
Ab November 1923 bis 1925 zum nachtr. Eintragen
Grundpreis 0.40 Mk.
Buchhandlung Carl Braus


Burger Mode-Führer
mit 20 Gratis-Schnitten auf großem Bogen.
Der Beste für den Bureau- u. Hausbedarf
Bd. I Damen-Kleidung • Bd. II Kinder- u. Jungmädchen-Kleidung.
Überall zu haben, sonst durch Nachnahme vom
Verlag Otto Burger, Leipzig-L.